



Ständerat

14. März 2012

Türen für Lobbyisten bleiben offen

Türen für Lobbyisten bleiben offen

Lobbyisten haben auch künftig ohne Akkreditierung Zugang zum Bundeshaus. Der Ständerat hat mit 19 zu 17 Stimmen eine parlamentarische Initiative für ein neues System abgelehnt.



Nationalrat Didier Berberat (SP/NE) drang mit seinem Anliegen, den Zugang der Lobbyisten zu begrenzen, im Ständerat nicht durch.

Heute darf jedes Parlamentsmitglied zwei Personen eine Zutrittskarte zum Bundeshaus ausstellen lassen. Die Karten werden meist an Lobbyisten verteilt. An wen sie gehen, ist seit Beginn der neuen Legislatur transparent: Neuerdings wird die Liste der Personen, die eine Zutrittskarte haben, im Internet veröffentlicht.

Damit könne sich eine breite Öffentlichkeit rasch und unkompliziert darüber informieren, welchen Personen Parlamentsmitglieder ihre Gästekarten zur Verfügung stellten, befand die Mehrheit im Ständerat. Strengere Regeln seien nicht nötig. Der Vorstoss ist damit vom Tisch.

Getarnt als Gäste

Initiant Didier Berberat (SP/NE) verlangte, dass Lobbyisten nicht mittels Gästekarten von Ratsmitgliedern Zugang zum Bundeshaus erhalten, sondern sich registrieren lassen müssen. Die Akkreditierung sollte nach gewissen, zu bestimmenden Kriterien erfolgen.

Die Befürworter einer Änderung erachten es als unbefriedigend, dass heute Interessensvertreter quasi getarnt als Gäste Zutritt zum Bundeshaus haben. Die Parlamentsmitglieder könnten kaum kontrollieren, was ihre «Gäste» im Bundeshaus tun würden. Zudem gehe aus dem publizierten Register bisweilen die Lobbyistenfunktion nicht klar hervor.

Dekadentes Lobbying

«Der Bundesbern-Lobbyismus ist teilweise dekadent», konstatierte der parteilose Thomas Minder (SH). Lobbyisten gingen ohne Kontrolle ein und aus und könnten sich fast ungehindert in der Wandelhalle bewegen. «Wenn ich höre, dass man seinen Lobby-Badge für mehrere tausend Franken verkaufen kann, hört bei mir alles auf.»

Minder nannte auch Namen, was ihm Kritik von Pankraz Freitag (FDP/ GL) einbrachte: Nicht anwesende Personen zu beschuldigen, entspreche nicht «dem Stil in diesem Saal». Wenn etwas in der Presse stehe, sei es ausserdem noch lange nicht wahr.

Für ein Ja zum Vorstoss plädierte auch Felix Gutzwiller (FDP/ZH). So könnten die Räte die Diskussion vertiefen. Aus demselben Grund habe sich auch die Lobby der Lobbyisten für ein Ja eingesetzt. Er persönlich wäre dafür, dass gar keine Badges mehr ausgestellt würden. Lobbyisten könnten sich an der Loge melden, wenn sie mit einem Parlamentsmitglied verabredet seien.

Absolute Transparenz unmöglich

Die Mehrheit wollte aber daran festhalten, dass die Ratsmitglieder nach freiem Ermessen zwei Personen Zutritt gewähren können. Könnten sich Lobbyisten akkreditieren lassen, ohne dass ein Ratsmitglied ihnen Zutritt gewähren müsse, gäbe es vielleicht sogar noch mehr, gäben die Gegner einer Änderung zu bedenken. Ausserdem wäre es schwierig, Kriterien für die Akkreditierung zu formulieren.

«Absolute Transparenz werden wir nie erreichen», stellte Peter Föhn (SVP/SZ) fest. Einige Rednerinnen und Redner wiesen auch darauf hin, dass Lobbying an sich nichts Schlechtes sei. «Was Lobbying bewirken kann, ist auch eine Frage der eigenen Standfestigkeit», sagte Verena Diener (GLP/ZH).

Einig war man sich aber im Rat, dass sich in den Vorzimmern des Ratsaals zeitweise zu viele Personen aufhalten - und dass sich manche Lobbyisten nicht an die Regeln halten. Die Kommission bat den Ratspräsidenten, Massnahmen zu prüfen. Dieser rief die Ratsmitglieder dazu auf, Missstände zu melden. Er werde die geltende Ordnung durchsetzen. (sda)